

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Dezemberhälfte 330.— Mr. Einzelverkaufspr. 25.— Mr. Redaktion: Johannisstraße 46. Telefon 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gefasste Zeile über deren Raum 75.— Mark, auswärtige 80.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Mr., für Reklamen 250.— Mr. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Telefon 926.

Lübecker

Volksboten

Tageszeitung für das arbeitende Volk,

Nummer 295.

Montag, 18. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Der neue polnische Staatspräsident ermordet.

SPD. Warschau, 16. Dezember. (Sig. Drathber.)

Der erst vor acht Tagen neu gewählte polnische Staatspräsident Narutowitsch wollte am Sonnabend vormittag der Gründung der diesjährigen Kunstausstellung erscheinen. Schon zu Beginn der Veranstaltung wurden auf ihn drei Schüsse abgegeben, die den sofortigen Tod herbeiführten. Der Attentäter konnte sofort verhaftet werden. Es handelt sich um einen Kunstmaler Viewiadzinski, der längere Zeit in Paris und Petersburg zugebracht hat und sich in letzter Zeit fast ausschließlich mit Kunspädagogik beschäftigte. Viewiadzinski ist 1869 in Warschau geboren und hielt sich erst seit wenigen Jahren wieder in Warschauständig auf. Im Jahre 1918 erschien er auf der Warschauer Straßenbahn einen Unfall, der eine schwere Nervenkrankheit herbeiführte.

Sofort nach dem Attentat trat ein außerordentlicher polnischer Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der polnischen Kammer, der laut Verfassung vorläufig die Machtbefugnisse des Präsidenten übernimmt, zusammen. In dieser Sitzung nahm auch Marschall Piłsudski teil. Es wurden die zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen und die Untersuchung des Attentats besprochen. Der Kammerpräsident erklärte nach der Sitzung Pressevertretern gegenüber, daß er noch im Laufe des Sonntags das neue Kabinett bilden werde. — Am 4 Uhr beschäftigte sich der Seniorenkongress mit dem Attentat. Beschlossen wurde u. a., die Nationalversammlung zum 20. Dezember 10 Uhr morgens einzuberufen.

Narutowitsch war der erste polnische Staatspräsident. Sein Vorgänger Piłsudski, der den Titel Staatschef führte, war von dem polnischen Regierungsrat in Warschau nur provisorisch eingesetzt.

Man könnte leicht in Verlegenheit kommen, die Mordtat als Werk eines Nervenkranken zu bezeichnen, wenn man nicht wüßte, was sich in Polen in den letzten Wochen abgespielt hat. Seit Monaten führen die polnischen Chaumisten einen eklektizistischen Kampf gegen alles, was sich nicht zur Nationaldemokratie zählt. Wenn Piłsudski das ihm angebotene Präsidentenamt nicht angenommen hat, so ist das im wesentlichen ebenfalls auf das Treiben der Nationaldemokraten zurückzuführen. Trotzdem aber brachte der Verzicht Piłsudskis ihre Hoffnungen nicht in Erfüllung. Nicht ihr Kandidat, der polnische Gesandte in Paris, Graf Zamostki, wurde zum Präsidenten des polnischen Staates gewählt, sondern der Ingenieur und bisherige Augenarzt Narutowitsch, ein guter Demokrat, der Jahrzehnte seines Lebens in der Schweiz als Professor an der Technischen Hochschule in Zürich zugebracht hatte. Er war aufgestellt worden von der infektiösen Bauernpartei Wyzwolenie und hatte in der entscheidenden Endabstimmung alle Stimmen der Linken und die der nationalen Minderheiten auf sich vereinigt.

Diese Niederlage brachte die polnischen Reaktionen in derartige Erbitterung, daß sie zu unwürdigen und brutalen Gegenaktionen tritt. Sie versuchte, die Vereidigung des neu gewählten Präsidenten unmöglich zu machen, indem sie dieser Zeremonie demontrativ fernblieb, während der nationalistische Pöbel die Abgeordneten der Linksparteien mit Gewalt und Misshandlungen am Betreten des Parlaments zu hindern suchte und in der ganzen Stadt antisemitische Ausschreitungen beging. Die Gesandten der

feindlichen Mächte erlebten das merkwürdige Schauspiel, daß in einem europäischen Staat der oberste Beamte nur unter militärischer Bedeutung zu seiner Vereidigung geleitet werden konnte, während nationalistische Studenten ihn beschimpften und mit Schree bewarfen. Der Zweck der unruhigen Demonstration wurde aber nicht erreicht, sondern die Vereidigung fand ordnungsgemäß statt. Zum Schutz ihrer Abgeordneten gingen die Arbeiter auf die Straßen. Bei den Zusammenstößen mit den Nationalisten gab es mehrere Tote und einige Dutzend Verwundete.

Schnell und dennoch zu spät hat Narutowitsch den Mut aufgebracht, gegen den nationalistischen Pöbel vorzugehen. Zunächst wurde der Innenminister seines Amtes entlassen und General Haller, der Mann, der öffentlich gegen die Wahl des Staatspräsidenten Narutowitsch als amtliche Person rebellerte, abgejagt. Dieser Mut zur Tat hat Narutowitsch jetzt mit seinem Leben bezahlen müssen. Trotzdem werden die Nationaldemokraten nicht das erreichen, was sie erwarteten. Der Präsident der polnischen Kammer, Ratajczak hat inzwischen den Chef des polnischen Generalstabes, General Sikorski, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Sikorski ist ein Mann, der von den Nationaldemokraten ebenso gehaßt wird, wie Narutowitsch gehaßt worden ist und der fortschrittlich und föderalistisch geltend ist.

Warschau ruhig.

II. Warschau, 17. Dezember.

In Warschau herrscht trotz der ungeheuren Erregung über die Ermordung des Staatspräsidenten Narutowitsch überall Ruhe. Am gestrigen Nachmittage stand die Beerdigung eines sozialdemokratischen Führers statt, der bei den Demonstrationen in den letzten Wochen erschossen worden war. Die Sozialisten hatten aus Anlaß dieser Beerdigung nachmittags eine Kundgebung veranstaltet, an der etwa 25 000 Personen teilnahmen. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall.

Piłsudski als aussichtsreichster Kandidat.

Warschau, 17. Dezember.

Wie der „Kurier Warszawski“ meldet, gilt als aussichtsreichster Kandidat der vormalige Staatschef Piłsudski, der die Stimmen der Mehrheitsparteien (Linke, Zentrum und Minderheitenblock) hinter sich hat. Die Rechte wird, wie verlautet, keine besonders heftige Opposition gegen Piłsudski entgegensetzen, da diese eine starke Persönlichkeit im neuen Polen bedeutet und dessen Wiederaufrichtung unbestreitbar große Verdienste habe. Piłsudski hat auch bereits nachmittags an dem stattfindenden Kabinettssitz teilgenommen.

Das neue polnische Kabinett.

Warschau, 18. Dezember.

Das neue polnische Kabinett ist bereits gebildet worden. Es besteht hauptsächlich aus den Mitgliedern des alten Kabinetts. Von den neu Berufenen übernahm General Sikorski das Präsidentenamt und das Innere, der polnische Gesandte in Bukarest, Alexander Szczepanowski das Kriegs- und Marschall Piłsudski den Posten des Generalstabschefs.

Die Besserung der Mark.

Die erhebliche Senkung des Dollarwertes von etwa 8000 auf 5000 in den beiden letzten Tagen der Woche ist nicht nur von der außenpolitischen Entspannung herzuleiten, sondern vor allem von der Lage des inneren Geldmarktes. Soweit die außenpolitische Lage in Frage kommt — hier spielt insbesondere die Niederlage Poincarés in London und die Gerüchte von der Bereitwilligkeit Amerikas zu einerlei einer Rolle — ist sie im wesentlichen ein Ergebnis der Politik des Kabinetts Wirth, nicht, wie man leicht in Vorentscheidungen mit grohem Tamtam verkündet, die des Kabinetts Cuno. Herr Cuno hat doch bisher nichts anderes getan, als die von Wirth vorbereiteten Arbeiten über das Reparationsproblem den Alliierten zur Kenntnis zu bringen. Nicht ein einziger Gedanke ist unter seinem Regime aufgetaucht. Und es ist deshalb nicht erstaunlich, daß ein Mussolini auf die bekannte Note Wirths vom 13. November zurückgriff, um eine Basis der Vereinbarung über die Reparationen zu suchen. Vom Geldmarkt her dagegen sind viel entscheidendere Momente wirksam, die auf eine Besserung der Mark hindringen. Die Kreditnot zwinge zur Einschränkung des Imports fremder Waren, dadurch also zu einer Besserung der Zahlungsbilanz. Das ist an sich nur vorübergehend, hat aber zur Folge, daß weniger Devisen gekauft werden. Die gleiche Kreditnot zwinge aber auch die Industrie, einen Teil ihrer gehämmerten Devisen zu veräußern, um sich das notwendige Betriebskapital zu verschaffen. Alle diese Tatsachen wirken zusammen, um das Angebot am Devisenmarkt stärker herunterzutragen zu lassen, während die Nachfrage zusammenschrumpft. So wenig man jetzt aus der Bewegung noch allgemeine Schlüsse ziehen kann, ist es doch nicht ausgeschlossen, daß die Besserung der Mark für die nächste Zeit anhält, zumal das bevorstehende Jahresende mit seinen vielen Feiertagen und mit der Ablösung des Ultimotermes, an dem sich die Zahlungsausgleiche häufen, die Unternehmungslust der Spekulation herabmindert.

Dollar 6000.

Das gebeugte Recht.

Dr. L. Lübeck, 18. Dezember.

Wie steht's eigentlich, meine Herren Bürgerlichen? Seid ihr wirklich dumm, oder stellt ihr Euch nur dumm?

Aber merkt's Euch: Einmal muß selbst die größte Harmlosigkeit, sei sie angeboren oder angelernt, ihr Ende finden. Deshalb ist es an der Zeit, daß wir endlich ein offenes Wort reden über das bürgerliche Gesetz über die „Diktatur“ der Sozialdemokratie in der Amtsblattangelegenheit.

Das bürgerliche Blatt, das seit einiger Zeit Hauptstreiter ist im Streite für die bürgerliche Einheitsfront und gegen die Sozialdemokratie, schrieb in seiner Sonnabendausgabe:

Das Verhalten der sozialistischen Mehrheit in der Amtsblattfrage ist zu sehr offenkundige Diktatur, als daß das gesamte Bürgertum nicht dagegen aufzubegehen sollte. Und jeder, der den Begriff „Demokratie“ nicht sinnlos mit „Diktatur“ interpretiert, muß bei der selbstverständlichen Forderung bleiben, daß den bürgerlichen Fraktionen solange die Rückkehr in den Rathaussaal verwehrt ist, bis das gebeugte Recht wiederhergestellt wird.

Das gebeugte Recht? Welches Recht ist denn gebeugt? Doch höchstens die bürgerliche Rechthaberei! Oder gilt in der Lübecker Bürgerschaft das Recht der Mehrheit nicht mehr? Sie reden doch sonst so viel von der Versetzung, meine Herren! Weshalb hier nicht?

Wir wollen den Spiegel umdrehen und Ihnen ein wirkliches Beispiel von „gebeugtem Recht“ auf das Fell brennen. Ein Beispiel, das außerhalb der engen Scheusalappenherrlichkeit Ihres naselangen Weichbildesverstandes liegt, und wo es sich wirklich um eine Beugung von Recht und Gerechtigkeit handelt. Gespannt sind wir darauf, wie Sie sich da herumstreden werden.

Vorgestern, in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten verabschiedete der Reichstag die Novelle zum Einkommensteuerergesetz.

Unsere Steuerverhältnisse sind allmählich so geworden daß die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Masse der Hungenden und Notleidenden, neun Zehntel aller Steuern bezahlen. Die Besitzenden aber, die Großverdiener aller Stände, beziehen zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens, leben in Staus und Bräus, und zahlen ein Zehntel der Steuern. Dabei kontrollieren sich diese armen Leute allein im Jahre 1922 über 20 000 Luxusautomobile zuliegen. Jeder sozialen Gerechtigkeit spricht das Hohn! Der eine faulenzt, friert, säuft, macht Vergnügungsreisen; Steuern aber zahlt er nicht! Der andere arbeitet, hungert, friert — und zahlt alle Steuern.

Die Sozialdemokratie stellte diese verbrecherische Ungerechtigkeit an den Pranger und verlangte Abhilfe. Verlangte vor allem, daß die großen Einkommen stärker belastet würden, und daß der unglaublichen Steuerdrückerbergerei infolge der Geldentwertung endlich ein Riegel vorgehoben würde.

Und die Antwort? Die gesamten bürgerlichen Parteien des Reichstages, ebenso geschlossen wie ihre Lübecker Brüder bei dem späthigen ägyptischen Auszug, lehnte alle Anträge der Sozialdemokratie ab. Auch weiterhin sollen die Proletarier die Staatslasten allein aufzutragen; auch jernerhin die Schieber und Bucherer ihre Gewinne zu Millionen schaffen. Auf das schärfste verwahrte sich die Sozialdemokratie gegen das gebeugte Recht jeder sozialen und staatlichen Gerechtigkeit.

Und nun, meine Herren Bürgerlichen? Was hätten Sie wohl gesagt, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aus solchem viel berichtigteren und viel wichtigeren Anlaß in einen Streit eingetreten wäre? Hätten Sie dann auch von der Diktatur des Bürgertums gesprochen?

Aber, Sie brauchen sich um eine solche Antwort den Kopf nicht zu zerbrechen. Wissen Sie doch, daß die Sozialdemokratie mit solchen Kindermäuschen sich niemals lächerlich machen wird.

Denn was läme dabei heraus? Das gleiche, was bei Ihrem Streit in Lübeck. Nichts! Mit innerer Freude sehen wir schon dem Tage entgegen, wo die bürgerlichen Fraktionen doch und wehmütig, wie Heinrich IV. in die grauen Hallen Canossas, in den gotischen Saal zurückkehren werden. Gustav Echlers aber würde aus Freude über die Wiederkehr seines verlorenen Sohnes ein Kalb schlachten, wenn er eins hätte! Vielleicht stiftet Herr Henk eins! Im Notfall aber tut es auch ein von Herrn Echoldt produziertes Schwein — der ja Fachmann auf dem Gebiete ist.

Wir sind etwas abgekommen von dem eigentlichen Thema des „gebeugten Rechts“. Aber, wie gesagt, wir schenken die Antwort. Aus Mitleid mit der bürgerlichen Verzerrigkeit, die jetzt schon Steine erweichen könnte.

Zum Schluß aber noch ein ernstes Wort. Wir haben von der Steuererziehung gesprochen. Sie ist himmelreichend. Wenn das Bürgertum glaubt, das Proletariat nehme seine ungeheurende Not gebüdig entgegen, und zahlte dazu noch alle Lasten des Staats, so ist es in einem ganz bösen Wahn besessen. Die Unzufriedenheit ist ungeheuer; die arbeitende Bevölkerung murrt und grollt. Ein Anfang ist es erst, aber es kann ein böses Ende nehmen, wenn der blinde und gewissenlose Tanz der Besitzenden ums goldene Kalb gedankenlos weitergeht.

Hier ist „gebeugtes Recht“, meine Herren!

Die Hilfe Amerikas.

Das vorläufige Programm.

Paris, 18. Dezember.

Der amerikanische Standpunkt zu den Kreditplänen läßt sich dem „Neuport Herald“ wie folgt zusammen fassen:

1. Amerika zieht unter gewissen Voraussetzungen eine tätige Teilnahme an der europäischen Politik in Betracht.
2. Amerika ist bereit, eine Regelung vorzuschlagen. Diese Regelung hängt jedoch von der Zustimmung Frankreichs ab.
3. Amerika ist der Ansicht, daß Deutschland nach Abgabe seiner Leistungsfähigkeit zahlen soll, verlangt aber, wenn Deutschland nicht zahlen kann, daß diese Tatsache anerkannt werde.
4. Amerika steht auf dem Standpunkt, daß eine Bedrohung Deutschlands mit Okkupationen und wirtschaftlicher Erpressung die Welt schädigt.
5. Amerika ist bereit, einen umfangreichen Privatkredit im Interesse Deutschlands zu gewähren.
6. Der Kredit ist zu garantieren mittels teilweiser Aufzehrung der ersten Hypothek, die die Alliierten auf Grund des Versailler Vertrages besitzen.

Die Pariser Konferenz verschoben.

II. Paris, 18. Dezember.

Der Bonner Korrespondent des „Petit Journal“ meldet vom Blatt: In gewissen Kreisen neigt man zu der Annahme, daß die Pariser Konferenz, die für den 2. Januar vorgesehen ist, auf Sache laufe, auf später verschoben zu werden.

Das neue serbische Kabinett.

Belgrad, 17. Dezember.

Politisch hat ein neues Kabinett gebildet. Außenminister Kutschitsch. Sämtliche Minister gehören der radikalen

Leverkusen — Ludwigshafen.

Von Wilhelm Reimann.

Gesichts der Vorgänge in Leverkusen und Ludwigshafen und der treifenden Nachrichten der kommunistischen Presse erscheint es angezeigt, einmal zu zeigen, wie sich die Dinge in den genannten Orten zwangsläufig entwickelt haben.

Was war und ist in Leverkusen vorgegangen? Im März 1921 legte die Arbeiterschaft bei Bayer u. Co. die Arbeit nieder, weil angeblich der Achtfundertag bestreikt werden sollte. Der Sachverhalt war folgender:

Bisher war es im Betriebe üblich gewesen, entgegen den tariflichen Bestimmungen die Überstunden „abzubummeln“. Dem Betriebsrat war tariflich die Möglichkeit gegeben, bei Leistung von Überstunden bestimmend einzugreifen. Tatsächlich wurden denn auch dank der Tätigkeit des Betriebsrates vor dem Streik bei etwa 8000 Beschäftigten nur 400 Überstunden pro Woche geleistet. Jeder, der die Verhältnisse in Großbetrieben und insbesondere in der chemischen Industrie kennt, wird zugeben, daß die Zahl der geleisteten Überstunden sehr gering war. Ein Vorarbeiter erklärte dem Betriebsleiter, daß er Urlaub zum Abbummeln einiger geleisteter Überstunden haben wolle. Dieser Urlaub wurde verweigert und die Entlassung angedroht. Trotzdem erhielten der Arbeiter am anderen Tage nicht zur Arbeit und die Entlassung wurde ausgesprochen. Zugleich erschien ein Anschlag am schwarzen Brett, der das Abbummeln der Überstunden unterstellt. Verhandlungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat verliefen ergebnislos und nun begann die kommunistische Propaganda für Arbeitsniederlegung mit dem nötigen Druck und Dran. Einige Arbeiterratsmitglieder, darunter der Vorsitzende des Arbeiterrats, wandten sich in einer Vertrauensmännerkonferenz gegen die Streispropaganda. Sie wurden nicht nur niedergesetzt, sondern auch tätig bedroht. Die Fahlstellenleitung des Fabrikarbeiterverbandes, die vollständig in kommunistischem Fahrwasser schwamm, brachte nicht so viel Rücksatz auf, dem Treiben entgegenzutreten, und nun brach das Verhängnis herein.

Der Streik begann trog Wörnung des Hauptvorstandes und ohne irgendwie die Schlichtungsinstanzen zur Beilegung des Streites anzureuen. Was kümmern die Strategen Moskaus Gewerkschaftsregeln oder gewerkschaftliche Erfahrungen! Nachdem der Streik einige Tage gedauert und die Gesamtorganisation die finanzielle Unterstützung versagte, begann das wildeste Geschimpfe, die Propaganda für die Ausbreitung des Kampfes vorerst auf das Kölner Gebiet. Zugleich wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der den Arbeitern unrecht gab. Von Berlin eilte Heinrich Malzahn nach dem Streitgebiet, um das Feuer zu schüren und, wenn möglich, den Streik zur Weltrevolution auszawachen zu lassen. Die Drahtzieher Kramm, Schulze und Genossen reisten im Lande herum, um zur Solidarität und Sammlung von Geldern aufzurufen. Wohl gelang es, einige Betriebe im Kölner Gebiet zur Arbeitsniederlegung zu bewegen, die große Mehrzahl folgte diesem Ruf jedoch nicht, nachdem sich die Gewerkschaftsfunktionäre abzusagen gegen den Generalstreik ausgesprochen hatten. So kam, was kommen mußte: der Streik brach zusammen, und nun setzte im Betrieb die durch nichts gehemmte Unternehmerwillkür ein. Die Rechte, die sich der Betriebsrat über das Betriebsrätegebot hinaus errungen hatte, wurden beschnitten, Hunderte von Familienvätern entlassen usw. Die teilspilllose Hölle der Kommunisten gegen die Gewerkschaften und die enttäuschten Hoffnungen der Irregeführten ließen die Organisation in Leverkusen zusammenbrechen. Die Zahl der freierwerkschaftlich Organisierten sank bis auf 1500. Von den Abgeprungenen ging ein Teil zu den Christen, ein anderer, größerer Teil wurde gelb und indifferent.

Die Folgen blieben nicht aus. Nach Feststellungen des Fabrikarbeiterverbandes wurden im Juni 1922, also nach dem Streik, von etwa 8000 Beschäftigten jede Woche 17000 Überstunden geleistet.

Der Zusammenbruch der Organisation, Auslieferung der Arbeiter an das Unternehmertum, das sind die Früchte der kommunistischen Taktik. Die Kenntnis dieser Vorgeschichte ist notwendig, um die jüngsten Ereignisse in den Farbwerken Leverkusen zu verstehen. Die Firma hat die Situation ausgenutzt und bei den zuständigen Stellen die Erlaubnis zur Errichtung von Überstunden für die Betriebshandwerker für eine begrenzte Zeit erwirkt. Es soll hier nicht untersucht werden, ob diese Überstunden

nötig sind; aber bezwegen, weil die Aussichtsbehörden für die Betriebshandwerker, und nur um diese handelt es sich, Überstunden gestattet, kann von einer Beleidigung des Achtfundertages mit Hilfe der Gewerkschaften keine Rede sein. Prompt sah aber die Streitagitator der Kommunisten ein. Die „Rote Fahne“ brachte einen von Schultz zurechtgestellten Leitartikel, um dem Fabrikarbeiterverband und der Sozialdemokratie die Schuld an der angeblichen Beleidigung des Achtfundertages zuzuschreiben. Wir lassen hier einmal Zahlen reden: Von den etwa 8000 Beschäftigten sind rund 2500 freigewerkschaftlich, 1200 christlich organisiert, der übrige Teil (4800) ist gelb oder unorganisiert! Es gehört schon die ganze Gewissenlosigkeit der Jünger Moskaus dazu, um bei einem derartigen Organisationsverhältnis zum Streik zu blasen. Nicht nur, daß die milde zum Teil wieder aufgebauten Organisation in die Brüche gehen möchte, würde neues Elend über Tausende von Arbeiterfamilien gebracht. Es ist überall dieselbe Geschichte: dem Leuna-Moskau folgt Leverkusen, höchst und jetzt Ludwigshafen.

In Ludwigshafen hatte ein Teil der Belegschaft der Badischen Anilin- und Soda-fabrik beschlossen, den Betriebsräte langsam den Kommunisten in Berlin durch vier Vertreter zu besiegen. Die Direktion ließ den Delegierten erklären, daß Urlaub hierzu nicht gewährt werden müsse, wer dennoch fehle, werde entlassen. Eine Betriebsversammlung, die von 6000 Beschäftigten bei einer Belegschaft von über 20000 besucht war, beschäftigte sich mit dem Verbot, und hier ließen sich die tapferen Delegierten eine Rückversicherung in der Form geben, daß ein Auftrag angenommen wurde, daß im Falle der Entlassung der Delegierten die Arbeit eingestellt wird. Es ist überflüssig, zu sagen, daß ein Gewerkschaftsvertreter bei den Beschlüssen nicht gehört wurde. Drei Delegierte fuhren nach Berlin, der vierte verschwand den Zug. Nach der Rückkehr erfolgte die Entlassung der drei. Die Gewerkschaften verhandelten mit der Direktion und es schien nicht ausgeschlossen, die Wiedereinstellung der Entlassenen zu erreichen. Jedermann erklärte sich die Firma bereit, den Schlichtungsausschuß entscheiden zu lassen. Im Laufe der Verhandlungen traf die Nachricht ein, daß bereits einige Abteilungen die Arbeit niedergelegt hätten. Jetzt brach die Firma die Verhandlungen ab und zog die gemachten Zugeständnisse zurück. Der Betrieb wurde geschlossen und eventuelle Arbeitswillige zurückgewiesen. Unter Ausfluß der Gewerkschaften, die erklärten, daß sie die Arbeitseinstellung nicht billigen könnten, wurde eine Streikleitung gewählt, die sich ausschließlich aus Kommunisten zusammensetzte. Prompt begann die Agitation für Erweiterung der Kampfbasis und die Beleidigung der Gewerkschaften, namentlich des Fabrikarbeiterverbandes, der jede finanzielle Unterstützung des Streiks ablehnte.

Wir haben rein sachlich den Verlauf der Verhandlungen dargestellt, und jeder, der auch nur das ABC der Gewerkschaftsbewegung kennt, wird verstehen, daß jeder gewerkschaftliche Grundzog bei Inszenierung der Bewegung außer Betracht gelassen wurde. Würde der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter diesen Streik sancionieren oder finanzieren, müßte er sofort zum Teufel gejagt werden. Wer das Gebaren der Ludwigshafener Delegierten auf dem Gewerkschaftskongress und Verbundstag der Fabrikarbeiter sah, wußte, daß über kurz oder lang die Dinge so laufen müssen. Den Bewegungen im Leuna-Werk und Leverkusen schloß sich würdig Ludwigshafen an. Die Arbeiterschaft muß harsches Leid zahlen, ehe sie die verbrecherische Tätigkeit der Kostgänger Moskaus erkennt.

Wollen wir aus diesem Sumpf heraus, dann gilt es für alle, denen die Erhaltung der Gewerkschaften Herzansicht ist, gerade und konsequent den Weg zu gehen, den die Gewerkschaftserziehung zeigt. Oberster Grundsatz ist Selbstdisziplin, ohne diese ist gewerkschaftliche Organisation unmöglich.

Noch ein Wort zur Entlassung der Betriebsräte. Sie ist nicht nur ein brutaler Akt des Unternehmertums, sie ist mehr, nämlich eine Dummei. Niemand hätte dem Betriebsräte langsam in der Hasenheide und seinen Beschlüssen irgend welche Beachtung geschenkt. Schon kam in der kommunistischen Presse das Gefühl der Enttäuschung zum Ausdruck. Durch den Vorfall in Ludwigshafen hat er ein Relief bekommen, das er nicht verdiente. So arbeiten sich Unternehmertum und Kommunisten in die Hände. Die Arbeiterschaft muß die Lehre aus diesem Kampfe ziehen und Schluß mit den „Strategen“ Moskaus machen.

Spätlinghof. Roman von Kurt von der Eder.

42. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Sie war es ganz recht so. Sie durfte wieder arbeiten nach Herzensus, brauchte nicht zu sorgen, was gekocht, wann gewaschen werden sollte. Niemand fragte sie: „Was soll ich tun? Wie soll ich das machen?“

Sie tat, was ihr aufgegeben, sie aß, was ihr gereicht wurde, und ihr Mut hob sich.

Ursprünglich ging sie ungern auf die Straße, weil sie fürchtete, es könnte ihr jemand aus der Heimat begegnen. Nach und nach verlor sich auch dieses Gefühl; Hamburg war ja so groß.

Es war ihr nur peinlich, wenn ihr manchmal ein Herr dreißig Gesicht sah, sie dachte dann jedesmal, es wäre vielleicht jemand von der Polizei, der sie suchte, und sie wurde glühendrot und lief schnell, daß sie davon kam. Dass man sie wegen ihres lieblichen Antlitzes und ihrer herzlichen, braunen Augen ansah, fiel ihr nicht ein.

Sie dachte oft an Spätlinghof und an Jan. Sie stellte sich im Geiste vor, wie er jetzt ohne sie glücklich und zufrieden lebte, und in der Gewissheit, ihm zu lieben ein Opfer gebracht zu haben, fühlte sie sich sicher.

Da kam die Zeit, vor der sie sich gefürchtet hatte, die Zeit, da sie ihren Dienst verlassen mußte.

Sie ging zu der Mietfrau, und diese wußte logisch Rat.

„Ja, ja,“ sagte sie, „ich dachte schon, daß Sie bald kommen würden, ich erwartete dieser Tage noch ein paar Mädchen, denen es so geht. Ich will Sie schon unterbringen. Behalten Sie Ihren Mantel nur an, ich gehe gleich mit Ihnen. Zuerst gehen wir zu Fräulein Petersen, und wenn die ihre Stube nicht frei hat, gehen wir weiter zu Frau Leidig. — Fräulein Petersen wohnt ganz in der Nähe.“

„Ich möchte nicht gern zu einem Fräulein,“ meinte Tine, „Sie sind immer so tem.“

„Ach, Fräulein Petersen ist nicht sein, eher grob, aber sie ist eine gute Seele. Sie ist ja teu Räuber, hat teu Wohnung von zwei Stuben und Küche; es sind aber man kleine Löcher. Sie hat sie mit ihrer Schwester zusammenwohnt; sie haben beide genügt. Vor ein paar Jahren hat sich die Tochter verlobt mit nem kleinen Beamten, das heißt, er ist groß genug, bei aber man 'ne kleine Stelle. Ja, nun vermietet sie ihre Stube, wenn es so paßt, aber nur an anständige Mädchen. Sie kann ja die Großen gebrauchen, und sie weiß auch mit alles

Vertried. Aber wie gesagt, jede eine nimmt sie nicht bei sich auf. Na, mit Ihnen hat das keine Not. Sie sind ja eine Frau. Bloß ein bißchen widerlich ist sie, aber daran gewöhnt man sich.“

Eine halbe Stunde später stieg Tine mit der Mietfrau die Treppe hoch und stand vor der Tür einer kleinen Hofwohnung. Sollte möglich, ihr zu bekommen summt gewesen sein als jetzt vor der Tür Fräulein Petersens. Die grob und widerlich sein sollte und in einem so finsternen Hause wohnen.

Die Bekommtheit wuchs, als von drinnen eine ruhige, polternde Stimme rief: „Na, wer ist denn Ihnen wieder da?“

„Ja,“ rief die Mietfrau. Darauf wurde der Riegel zurückgeschoben, und ein runzliger, braunes Gesicht wurde sichtbar.

Tine glaubte zuerst, daß es eine Männerstimme sei, die durch die Tür rief, aber sie nahm wahr, daß Gesicht und Stimme zweitender gehörten.

„Da ist ja noch eine,“ rief Fräulein Petersen, „was will denn die?“

„Na, lassen Sie uns erst mal rein,“ sagte die Mietfrau, „wir werden schon miteinander fertig. Haben Sie jemand bei sich?“

„Nein,“ knurrte die alte, während sie widerwillig öffnete, „will auch nichts mehr zu tun haben mit das Wo. Die lebte ist davongelaufen und hat ihr Kind dagelassen, da hab' ich noch Nachscherereien gehabt mit der Polizei, und das Kind ...“

„Das haben Sie wohl noch?“

„Na, eben nicht, und ich hatte mich schon ganz und gar daran gewöhnt. Nein, ich will keinen mehr haben, ich miete mir 'ne kleinere Wohnung.“

Indessen waren die Frauen doch in die kleine Stube getreten, und die Mietfrau setzte sich breit und fest auf das zerstochene schwarze Damessofa. Tine blieb an der Tür stehen, sie wußte nicht, wohin, aber die alte fuhr sie an: Warum lassen Sie sich denn nicht, wollen Sie mir auch noch die Ruhe mitnehmen?“

Zitternd ließ sich Tine auf die Kante eines Stuhles nieder.

„Ich wollt', ich wäre tot und begraben,“ fuhr jetzt Viele.

Petersen mit dumpfer Stimme fort, „wenn ich daran denk, daß ich hier ausziehen soll.“

„Ne, es freibt Sie doch niemand,“ sagte die Mietfrau.

„Warum wollen Sie denn diese junge Frau hier nicht aufnehmen? Ja, sie ist eine anständige Frau, ihr Mann ist ja bloß so jung eingeschritten.“

„Ich nein,“ warf Tine erwidert ein.

„Ja richtig,“ verbesserte die Frau sich, „er hat den ganzen Tag gelitten und sie geschlagen, und dann hat er sie sitzen lassen und ist ausgerissen nach Amerika.“

„Ja, so ist es,“ legte sie laut.

Schärfer Steuereinziehung.

Zwei neue Gesetzentwürfe des Reichsfinanzministeriums.

Sofort zu Beginn der neuen Sitzungsperiode des Reichstages wird das Reichsfinanzministerium zwei Gesetzentwürfe einbringen, von denen der eine die sofortige Hintertreibung der Steuerbeträge auch bei den Nicht-Lohn- und Gehaltsempfängern vor sieht, während der andere Strafen in Höhe von 1000 Mark für den Fall, daß die Steuerzahler mit den Steuern im Verzug bleibent. Die Gesetzentwürfe sind deshalb von Wichtigkeit, weil deren Durchbringung maßgebend sein wird für die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der Frage des Abzugs von Steuern bei den Gehalts- und Lohnempfängern.

DAS RUHEGEHALT DES REICHSPRÄSIDENTEN. Der Haushaltswirtschaft nahm einen Gesetzentwurf an, der das Ruhegehalt des Reichspräsidenten auf die Hälfte des Gehalts festsetzt. Der Gesetzentwurf geht von dem Gedanken aus, daß auch minderbediente Personen zum Reichspräsidenten gewählt werden können, und daß es des Reichs unwürdig wäre, wenn das Oberhaupt des Staates nach seinem Rücktritt wirtschaftlicher Not ausgesetzt wäre.

DIE SPÄTLINGHOF

Die deutschen Mietlingesellschaften.

Unläufig des großen Streits in den Badischen Anilin- und Soda-fabrik (Ludwigshafen a. Rhine) ist es interessant, sich den finanziellen Zustand dieser Riesenunternehmung zu vergegenwärtigen. Sie bildet einen Teil der sogenannten „Interessengemeinschaft der Anilingruppe“, welche der Träger des tatsächlichen Monopols auf dem deutschen chemischen Markt ist. Die Gewinne der Interessengemeinschaft verteilen sich auf sieben Anilingesellschaften, und zwar erhalten je ein Viertel der Gewinne die drei Riesenwerke (Badische Anilin, Höchster Werke, Farbwerte Bayer A.-G.), der Rest fällt den kleineren (Agfa in Trierow, Grisebach, Weiler, Jassels) zu. Das nominale Grundkapital aller sieben Gesellschaften beträgt heute 33 Milliarden Mark. Stammaktien und 220 Millionen Vorzugsaktien dazu, so ergibt sich die Gesamtsumme von vier Milliarden Nominal. Diese Viermilliarden bewirken allerdings größtenteils Geldentwertung sowie die bewußten „Kapitalverwässerung“ zu zuschreiben; andererseits steht aber der Nominalwert tiefer unter dem Kurswert (Kurs steht heute etwa 10 000 Proz.), der die in den Unternehmungen stegenden Goldwerte zu berücksichtigen strebt. Auf die Badischen Anilinwerke entfällt ein Viertel des Gesamtkapitals der Interessengemeinschaft. Die Dividenden haben im Jahre 1920: 20 Proz., im Jahre 1921: 30 Proz. beitragen; in Anbetracht der raschen Geldentwertung sind diese Sätze nicht sehr hoch, das wirkliche Einkommen der Aktionäre wird vielmehr durch ihre Vorteile beim Kauf der Neu-Aktien (zu den nominalen statt zum Kurswert) durch die sog. Begünstigten befreit: auf diese Weise haben die Aktionäre bei der jüngsten Kapitalverdopplung im September d. J. ein Geschenk von über 1000 Prozent des Aktienwertes bekommen. Dem guten Geschäftsgang hat es die A.-G. zu verdanken, daß sie ihren Kapitalbedarf bisher mit großer Leichtigkeit decken konnte; so z. B. nach der Oppauer Katastrophen im vorigen Monat. Der gute Geschäftsgang aber war bei abnehmender Kaufkraft im Inland — immer mehr der Kapitalanfunkt zu verantworten.

Devisen-Kurse.

Berlin, 18. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

16. Dezember, 15. Dezember.

Amsterdam	1 fl.	2588.63	2967.50
Brüssel (Anwerpen)	1 Frs.	443.38	495.25
Kristiania	1 Kr.	1206.97	1406.47
Kopenhagen	1 Kr.	1326.37	1538.64
Stockholm	1 Kr.	1710.71	1990.—
Helsingfors	1 Finn. Mk.	159.60	184.58
Rom	1 Lire	322.69	369.07
London	1 £	29426.25	34518.50
New York	1 Doll.	6384.12	7406.43
Paris	1 Frs.	486.28	536.65
Zürich	1 Kr.	1216.95	1306.50
Madrid	1 Pesetas	1009.47	1152.11
Wien	100 Kr.	9.17	10.59*
Prag	1 Kr.	189.52	222.94
Budapest	100 Kr.	2.74	3.09

und entschieden hinzu, als sie sah, daß Tine wieder Miete mache, sie zu unterbrechen.

„Schieds!“ sagte die Alte, „ja, die Männer taugen alle nichts. Lassen Sie den Kerl laufen.“

Tine sagte nichts mehr. Vorhin bei der Erzählung der Mietfrau hatte sie auspringen und laut rufen mögen: „Es ist ja nicht mehr; ich selbst bin davongelaufen, er ist der beste Mensch, den es auf der Welt gibt.“

Aber diese Worte blieben unausgesprochen. Tine blie

Amtlicher Teil.

Zuferausgabe für Dezember.

Vom 20. Dezember 1922 bis 3. Januar 1923 können auf Abschluß III des Brostartenlopes 1500 Gramm Zucker (einschl. Weihnachtszucker) zum Preise von 180,- Mt. für 500 Gr. gemahlenen Zucker jeder Art, 190,- " " Würfelszucker verabfolgt und entnommen werden. Die von den Händlern belieferten Abschnitte und die Berechtigungsscheine sind bis spätestens zum 10. Januar 1923 beim Landesversorgungsamt einzureichen.

Lübeck, den 10. Dezember 1922. (10856)

Das Landesversorgungsamt.

Handelsregister.

Am 16. Dezember 1922 ist eingetragen 1. die Firma **Willy Peters**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Lübeck: Die Hauptniederlassung befindet sich in Hamburg. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb eines Kohlenhandelsgeschäfts. Stammkapital: 2.000.000 Mark. Gesellschafter: Dohling, Johannes Christoff, Lübeck; Fehling, Johannes Emanuel, Hamburg; Peters, Willy, Lübeck. Kaufleute. Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. September 1922 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder von ihnen allein zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Dem Hans Fabus ist für die Zweigniederlassung Lübeck Einzelprokura, dem Johannes Fehling und Karl Faltenbach für die Zweigniederlassung Lübeck derzeitlich. Gesamtprokura erlaubt, daß sie zusammen zur Bezeichnung der Firma der Zweigniederlassung berechtigt sind. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger u. bei der Firma Hartigzwerk **Sirtus**, Altenbergschafft in Lübeck. In der Generalversammlung vom 5. Dezember 1922 ist die Erhöhung des Grundkapitals um 5.000.000 Mt. durch Ausgabe von 5000 Stück auf den Inhaber laufenden Aktien über je 1000 Mt. und zwar 4500 Stammaktien und 500 Vorzugsaktionen beschlossen. Die Kapitalerhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital besteht nunmehr 10.000.000 Mt., eingeteilt in 200 zu den Inhaber laufenden Stammaktien zu je 1000 Mt. und 1000 auf den Inhaber laufenden Vorzugsaktionen zu je 1000 Mt. Der ausgedehnte der neuen Bemerkungen ist 100%. Die Aussigebung der Stammaktien 100% a. G. entspricht der Erhöhung des Grundkapitals in § 4 Abs. 1 Satz 1 und steht s. 18 des Gesellschaftsvertrages geändert werden. (10855)

Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Handelsregister.

Am 16. Dezember 1922 ist eingetragen bei der Firma **Schler & Liebing**, Lübeck: Die Firma ist geändert in **Schler & Schleske**. Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Handelsregister.

Am 15. Dezember 1922 ist eingetragen 1. bei der Firma **Dahl & Scovelin**, Lübeck, Paul Dahl und Günter Dahl und Gebrüderfamilien Wilhelm Lundel vor **Finkenstruktur**: 2. bei der Firma **B. A. Albrecht & Söhne**: Die Gesellschaft ist außerord. Die Firma ist geändert 2. bei der Firma Bruno Kirschstein: Die Firma ist geändert. Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Nichtamtlicher Teil.

Am 14. Dezember verstarb nach einem arbeitsreichen Leben unser Schiffsbaumeister

Herr Christian Danielsen.

Seit Bestehen unseres Wertes bei uns tätig, hat er uns mit seinen reichen Erfahrungen treu zur Seite gestanden. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Siegen, 16. Dez. 1922.

Brückenbau Flender A.-G.
Schiffs- u. Dockbauwerke.

Nachruf.

Am 14. Dezember verstarb unter vierter Kollege, der Werkmeister

Christian Danielsen.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Siegen, den 16. Dez. 1922.

**Die Angestellten der
Brückenbau Flender A.-G.**
Schiffs- und Dockbauwerke.

Zu kaufen, ges. eine Hobelbank. Ang. mit Preis u. A. 618 a. d. Exp. (10843)

Guterh. Herrenhalbst. 45, bl. Petroleum, w. Pelzbarrett f. Bauch. (10855)

Schlupf, Besoer Str. 2

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Zwei 1 für Kleiderst. Stühle u. Tab. Reol. o. pf. (10855) Lange Reihe 9, I.

Zu verk. 1 Bohrmaschine f. Fuß u. Kraft. Stofeldorff, Ahrensbl. 67. (10855)

Ant. Schuh, gut geh. Vogelbauer, Kinderbettmaschine. (10855)

Travelmannstr. 25 II., 1.

Gr. Pferd (Fell) a. R. o. (10848) Dankwartsgr. 5

1 gr. Gelenkpuppe zu verk. Von 10-4 Uhr. (10841) St. Annenstr. 14. 9

Gr. Pferd (Fell) a. R. o. (10857) H. Bade.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gr. Kinderbettst. z. verk. Krohn, Schönköppen 39 bei Lübeck.

Gesetz und Recht.

Montag, 18. Dezember.

Du sollst nicht töten!

Die Schwurgerichtsperiode war tragisch. Menschliche Schwächen und Fehler wurden in manigfacher Form entpumpt und geführt. Hinunter manchem Verurteilten schließen sich Gefängnis und Zuchthausore für Jahre. Das größte menschliche Gut, Freiheit und Persönlichkeit, taucht unter im den strengen Regeln der Strafanstalten. Recht und Gesetz fordern Tribut für Lebretung. Rechten wir nicht über den Besserungsgegriß. Aber fragen wir uns, ob der starke Gesetzesparagraf, unter dessen harten Sinn so viele auf der Lebensbahn Gestrandete wussten, das Ende aller Menschenweisheit ist?

Die Frage aufzuwerfen heißt sie verneinen. Tatsachen beweisen es. Wenn der Gerichtsvorstand die Geschworenen über die Rechtslage belehrt, dann sind für ihn die Gesetzesparagrafen maßgebend. Die Geschworenen haben nach Recht und Gewissen ihren Spruch zu fällen. Ihre Antwort lautete: Ja, ja; Nein, nein! Und weil die Geschworenen Vertreter des Volkes sind — oder sie sollen — werden sehr oft Strafparagraf und menschliches Empfinden im Innern streiten. Als Mähner im Zweifel schwant das Sterbetal des Vorstandes: Nicht das Gefühl entscheidet, sondern das Recht!

Das Recht — der Rechtsbegriff! Beides trok aller konkreten Bestandteile so verschieden wie die Organisation des Menschen. Eine Zweifel: kein Geschworener setzt sich mit seiner Rechtsausfassung in Widerspruch. Es wäre ein Vergehen gegen die eigene Karriere. Aber die Rechtsausfassung, auf die kommt es an. Sie ist beeinflußt von Erziehung, Stand, Bildung, mitunter auch von politischer Einstellung. Siehe Urteile im Hardenprozeß, beim Rathenau- und Erzbergerprozeß, dem der Marburger Corpsstudenten. Siehe auch das Halleiner Schwurgerichtsurteil gegen zwei ehemalige Reichsangehörige, die mitschlags bei Arbeit erschossen. Der eine Mörder erhielt 2 Jahre Gefängnis, der andere wurde freigesprochen.

Die politische Einstellung, oder wenn Ihr anders wollt, die gesellschaftliche, standesgemäße Einstellung, trat unbewußt auch bei dem Landfriedensbruchprozeß in vorheriger Woche in Erachtung. Es kommt wieder uns bekannt, daß der einzige Geschworene aus dem Arbeiterviertel von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde! Ein gutes Recht, doch bedeutsamvoll in der Wirkung nach außen...

Im allgemeinen zeichneten sich Wahrprüche und Urteile — mit Ausnahme des eben angedeuteten — durch eine gewisse Milde aus. Was Recht ist, soll Recht bleiben. Aber dann kommt das Unschöne, Unbeachtliche: eine junge Frau erschlägt das einjährige Kind einer anderen. Ein Kind, dessen Vater ihr eigener Mann ist. Eine Frau, die weder schreiben noch lesen kann, reißt schrecklich ist, aber, wie man sagt: "eine Vergangenheit" hinter sich hat und unheilbar stark ist. Sie ärgert sich über die Rederei der Nachbarn, darüber, daß das Kind von ihrem Mann ist, daß Männer beachtet werden müssen. Der jungen Frau ist der "Sieg" im Wege. Sie simuliert, wie man sich der persönlichen, materiellen und, wenn man so sagen darf, der moralischen Last entledigen könnte. Wohlverstanden, benutzt nicht, sondern simuliert, sieht sich etwas in den Kopf, ohne über dessen Folgen nachzudenken. Dazu ist sie bei ihrer Kleidungsverfassung gar nicht anständig. Kein Kleidungsstück ist richtig. Die Geschworenen urteilen streng nach Gesetz. Das Gericht ist an den Paragraphen gebunden, das Todesurteil fällt, weil es gefällt werden muß. Das es sollt es nicht wird, ist unmöglich.

Vor Jahren stand ein 18jähriger wegen Mordes vor dem Geschworenengericht. Ein gewandter Verteidiger fand einen Revisionsgrund — und Hartmann lebt noch, hat über die Hälfte seiner Strafe absolviert. — Todesurteile wegen Kindesmord gehören der Vergangenheit an.

Ein anderer Fall. Vater und Stieftochter liegen im Streit. Der Sohn fällt in Notwehr, erhält — nachdem er wehrlos am Boden liegt — weitere Hammerschläge, stirbt nach. Der Vater will den Unterlegenen völlig erschlagen, legt ihm die Schlinge um den Hals und schreit: "Hilf mir Heu! Ein Wehrdienst wird erdrostet! Nehmen wir an in freier Willensbestimmung ausschließender Selbstzüchtung. Also scheidet Verschärfung und Überlegung aus und mildende Umstände sind gegeben. Die Strafe ist so milde wie möglich. Ein Jahr Gefängnis abschüssig drei Monate Untersuchungshaft.

Dem Volkserfinden werden diese Wahrprüche kaum bleibend. Es handelt sich um Vorfälle aus dem Volle, begleitet mit öffentlichen Redensarten. Die Frau sagt: "Wenn das Pas erst ist wäre!" Die beiden Männer bedrohen sich beide mit Faustschlag: "Einer von uns beiden muß fallen!" — "Einer von uns ist zumeist auf der Erde!" Zur Zeit und Stunde wurde das Schreckliche zwangsläufig zur Tat, eben weil die psychologische Einstellung unbemerkbar, unbedingt ihre Wirkung aussetzte.

Lassen wir es beim Herausheben dieser Moment. Siedler zeigt auch ähnliche Kräfte bei dem wegen Mordes angeklagten Meister Jüdin, bei der Dienstmagd aus Grünitz? Zu dem vorigen Todesurteil fordert sie doch den Verteidiger heraus. Wie sind selbstverständlich der Überzeugung, daß jeder Versuch in Zweifelsfällen einer Verurteilung vorzuziehen und das Gerechte ist. Über eins müssen wir fordern: Wenn Schwurgerichte Todesurteile sein sollen, dann muß die breite Masse des Volkes auf sie und in jedem Fall auch entsprechend in der Geschworenenbank vertreten sein.

Bürgerlicher Zeitungsschwindel.

Durch die Presse geht eine Notiz über den Rückgang des Fleischkonsums in Hannover und Schleswig-Holstein. Darin finden sich folgende Sätze:

Das das deutsche Volk vor dem Kriege zu viel Fleischaufzehrung zu sich genommen hat, ist eine von Experten oft hingeklagte Tatsache. Für die Volksgesundheit war es daher kein Schaden, wenn die Not dem Volke den Zwang auferlegt, den Fleischverbrauch einzudrängen. Aber diese Einschränkung hat auch ihre Grenzen, und diese sind im Jahre 1922 so erheblich überschritten worden, daß man von einem katastrophalen Rückgang unserer Fleischernährung spricht kann. Das Ergebnis der Schlachtwirtschaft und Fleischbeschaffung zeigt an, daß im dritten Vierteljahr 1922 die Schlachtung aller Tiere, mit Ausnahme der Pferde und Hunde, in erstaunlicher Weise gegen das dritte Vierteljahr des Vorjahres und erst recht gegen das Jahr 1913 abgenommen hat. Die hohen Zahlen der Pferde- und Hundeschlachtungen zeigen deutlich die Verdeckung unserer Fleischernährung...

Man sieht aus den Zahlen, wie bedenklich der Fleischverbrauch zurückgegangen ist. Da nun auch das Brot einen unerschwinglichen Preis angenommen hat, so ist unsere Fleischernährung in der schreckenregenden Weise in Gefahr, und es ist höchste Zeit, daß diesem Ernährungsrückgang Einhalt geboten wird.

Wären wir uns der Tatsache nicht bewußt, daß die bürgerliche Presse auf die Dummkopfheit ihrer Leser hinhält, dann könnten wir in den fertiggedruckten Seiten nur eine unerhörte Provokation auf das notleidende Volk erblicken. Wagt wirklich irgend

ein Schmuck zu behaupten, er sei vor dem Kriege so gut bezahlt worden, daß er sich an überwiegend Fleischgerüst den Magen verdorben hat? Würge sich nicht das arbeitende Volk ständig mehr einschränken, um den Militarismus prell zu füttern? Und warum hat denn das Brot einen so unerschwinglichen Preis angenommen? Doch nur, weil die bürgerlichen Parteien mit den Agrariern handelseinig waren. Sie sind die Schuldigen an dem sich ständig erweiternden Elend, sie haben sich den Markt mit Fleisch und qualitätsreicher Nahrung vollgeschöpft, derweil das Volk nach Kosten hungerte. Und nun kommt solch ein Schnierkind her und behauptet, dem Volle sei es zu wohl ergangen. Die verschossenen Tränen über den Ernährungsrückgang entprangen nur Heuchelei.

Um den Deutschen Rhein.

Eine Kundgebung gegen die Vergewaltigung der Rheinländer veranstaltete am Sonntag vorzeitig der Verein der Rheinländer in den Stadthallen. Recht einbringlich und mit dichtem Schwind durchzogen verstand es Prof. Dr. A. Thes, den Rhein und die Rheinländer aus der geschichtsreichen Vergangenheit zu heben, die Schönheiten seiner Städte und Burgen zu preisen und den deutschen Sinn von dessen Bewohnern, wie deren Arbeit zu zeichnen. Bürgermeister Dr. Meumann dankte im Namen des Senats und der Bürgerschaft für die Einladung. Er erinnerte an die vielen Drangsalen, die die Rheinländer im Verlauf der letzten Jahrhunderte durch Kriege erduldeten und verwies auf die Belagerungen Frankreichs, seine Macht bis weit auf das rechte Rheinufer hinüber auszudehnen. Der Rhein bleibt auch in Zukunft Deutschlands bedeutendster Strom, werde aber nentlich dessen Grenze. Eine Reihe Lichtbilder vom Rhein und von der Mosel, erläutert durch den Vorsitzenden des Vereins der Rheinländer, zeigte neben den landschaftlichen und historischen Schönheiten auch die wirtschaftliche Bedeutung des von fremder Hand umflammten Gebiets. Einstimig wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die Wirkung der Franzosen, die deutschen Rheinländer von Deutschland zu trennen, Protest erhoben und der Reichspräsident, Reichsregierung und Reichstag aufgefordert werden, allen Drohungen Frankreichs zu widerstehen.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie gegen jede Loslösung rheinischer Gebiete durch Frankreich wendet und seit je gewandt hat, wie sie jeder gewalttätigen Gebietsabschaltung entgegengetreten ist, wo diese auch vorgenommen wurde. Die Rheinländer und deren angrenzende Gebiete sind deutsches Land und wirtschaftlich un trennbar mit dem übrigen Reich verbunden. Darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Aber sonderbar ist es, daß man bei allen Gelegenheiten, bei denen das ganze Volk zum Widerstand aufgefordert wird, es sorgfältig vermeidet, das Wort deutscher Republik auszusprechen. Und doch ist nur die

deutsche Republik berechtigt, schärfsten Protest zu erheben. Denn die Mächte des alten Deutschlands waren drauf und dran, das gleiche Verbrechen zu begehen, das Frankreich seit langem im Schilde führt. Die sechs Wirtschaftsverbände strecken mitten im Kriege ihre habgierigen Hände nach den Kohlen- und Erzbeden von Longwy und Brie aus, heute aber stellen sie sich dummi oder polstern, wenn mit gleicher Münze heimbezahlt wird. Wir Sozialdemokraten stehen treu zum unteilbaren Reich, zur deutschen Republik, kämpfen für deutsche Sitten, deutsche Arbeit und deutsches Recht im Rheinland, lassen uns aber nicht durch nationalistischen Tounen die Sinne verirren. Denn auf jener Seite liegt die Hauptschuld, wenn es heute so weit gekommen ist. Das darf nicht vergessen werden.

Schwurgericht.

gl. Um Sonnabend hatte sich der schärfste feindselige Gärtnert Klaus Heinrich Hingel wegen vorsätzlicher Tötung seines Stieffohns Hans Schwabach zu verantworten. Der Stieffohn war anscheinend ein Schmerzenkind. Er lernte Schlosser und kam auf die Hochschule. Später griff er zur Gärtnerei. Seine Hauptaktivität bestand jedoch darin, wie die Zeugen bestätigten, im Hause Streit zu machen, von seiner Mutter Geld zu erpressen, alles rügliche Haussucht, dessen er habhaft werden konnte, zu verkaufen und das Geld für sich auszugeben. Am Montag, dem 18. September 1922, beschäftigte der Angeklagte das Dach seines Hauses zu reparieren, wobei ihm der Stieffohn helfen wollte. Geschwader Stiefel wegen ist es auf dem Heuboden zum Mortwohl gekommen. Dabei ist der Vergeßte vor seinem Stieffohn mit einem Hammer bedroht worden. In der Abwehr verteidigte P. den Stieffohn mit einem Hammer einen solch schweren Schlag, daß dieser niedergestürzt. P. gab ihm hierauf noch zwei Schläge auf den Kopf. Als der Niedergeschlagene noch atmete, legte ihm P. eine Metallstange um den Hals und erstickte den Sch., damit dieser sich nicht mehr zu rütteln brauchte und deckte das Opfer des Streites mit Stoff zu. Am nächsten Tag wurde die Leiche vor der Stieffchwester des Geschworenen gefunden.

Die Zeugen schickten den Geförderten als einen toten Menschen, der auch gedroht habe, das Haus anzuzünden. Sachverständiger Medizinalrat Dr. Riedel ist der Ansicht, daß bei dem Angestellten zur Zeit der Tat die freie Willensbestimmung nicht ausgeschlossen gewesen sei. Medizinalrat Dr. Feldmann befundet, daß der Tod durch Erderschütterung eingetreten ist. Die furchtbaren Verletzungen beweisen, daß die Schläge mit großer Gewalt ausgeführt seien. Der Staatsanwalt Dr. Lienau hält den Nachnamen der Notmecht weit überschritten; er hält die Frage nach vorsätzlicher Tötung zu bejahen, ebenfalls die Frage nach mordenden Umständen. Demgemäß lautet der Geschworenerentscheid.

Lübecker Plantwirtschaftsbetriebe.

IV.

Die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft.

Der alte Staat setzte dem Volle die letzten Kräfte zuwendung. Den um dessen Erfolz kämpfenden wurden die härtesten Verfolgungen erüttelt, ein wöchentliches Kriegs- und Friedensprogramm. Dann der morsche Staat brach zusammen und die Orieren konnten nun leben, wie sie den Ton des Vaterlandes in Empfang nehmen sollten. Die gute Idee der Kriegerheimstätten verschwand im Nichts. Die Wohnungsnot trat in schärfster Form auf, die Schriftkraft nach eigner Scholle wuchs und drängte zu rohren Entschlüsse. Wie andwendbar, so wurde auch in Lübeck eine Siedlungsgenossenschaft ergründet, die dem Gedanken der Siedlung vor den Toren der Stadt Schwung verlieh und die Förderung nach rascher Bevölkerung innerhalb einer neuen erhöht. Erster Zweck der Siedlerheime war, der Überfüllung böhmischer Wohnungen entgegenzuwirken und an Stelle des Wohnungsbaus ein ideales, gesundes Heim zu schaffen, das mit dem am Hause liegenden Gartenland dem Siedler auch in Zeiten wirtschaftlicher Not und Arbeitslosigkeit ein gewisses stabiles Fortkommen mit Hilfe seiner Familienmitglieder ermöglicht. Es gibt natürlich auch Befürworter dieser Siedler- und Heimkämmerei, die sich mit dem Hintergedanken tragen, daß ausgiebige Tätigkeit auf eigener Scholle den Siedler vom politischen Kampfe abzudringen oder unentkennlich machen; d. h. die indifferenten Erfahrungsreiche der Rückgriffslinie stärken. Diese Idee ist nicht neu; Bismarck vertrat sie schon bei den sozialen Versicherungssystemen in diesem Gedankengang. Es kommt jedoch nicht darauf an, was sich einsetzen denken, sondern wie sich die Sache in der Praxis auswirkt.

Die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft wurde am 15. Dezember 1919 gegründet zu dem Zweck, der Siedlerbewegung Platzmöglichkeit zu geben. Auf ihren Anträgen wurde die Auslegung von Siedlungsgelande beständiger bestimmt, so daß in kurzer Zeit 211 Siedler zu Land kamen. Ein Ende des Jahres 1920 wurden viele neue Parzellen geschaffen, während bereits im Juni die Siedlungsgenossenschaft mit dem Bau der Siedlungshäuser begann. Ende des ersten Jahres wurde das Werk durch nahezu 60 Siedlungshäuser getrieben. 703 Gruppen wurden am Schluß des ersten Geschäftsjahrs gezählt, durchweg Arbeiter, Angestellte und Beamte. Die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft pflegte grundsätzlich den Gedanken des Einwohnerhauses als die beste Art der Siedlung, weil dadurch Ruhe und Unabhängigkeit des Bewohners gesichert ist. Bereits erläuterte diese Bewilligung auch vorzüglich, daß es gelingt, einen kleinen soliden Haushalt zu finden, dem auch heute nichts Weltes an die Seite gestellt werden kann. Leider mußte der wachsenden Baubestand wegen des Zweifamilienhauses in Arbeit genommen werden. Doch auch hier kommt der Siedler noch an seinem Platz, es findet jedoch Bewohner 64,4 Quadratmeter Wohnfläche und den nötigen Garten, so daß die Kleinfamilienzucht gepflegt werden kann. Außerdem war die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft für den einzelnen Siedler, ausgeführt wurden die Bauten durch Privatunternehmer und die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft.

Die praktische und soziale Tätigkeit weitete sich im Jahre 1921 aus, es wuchsen weitere 149 Siedlungshäuser aus der Erde heraus und auch die Zahl der Genossen vermehrte sich auf 971. Die Bilanz lag von 4 307 000 auf 15 387 000 M. Im laufenden Geschäftsjahr wurden 73 Häuser fertiggestellt und 31 befinden sich noch im Bau. Die Bautätigkeit ist zurzeit leider stillgelegt. 1150 Mitglieder sind heute in der Genossenschaft vereint, in der 5 Vorstandsmitglieder und 16 Angestellte tätig sind.

Wenn auch die Bautätigkeit infolge der mühsamen Verhältnisse im Wirtschaftsleben und insbesondere auf dem Baumarkt aussichtslos ruht, so wird die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft ihre Verpflichtungen auch weiterhin erfüllen und ihre produktive Tätigkeit sobald als möglich wieder aufnehmen. Hat sie sich doch in der Hünxecke im Jahre 1951 ein eigenes Genossenschaftsgebäude errichtet, in dem ihrem geschäftlichen Ausbildung entsprechende Räume geschaffen wurden. Außerdem wurden hier Unterkünfte für weitere gemeinsame Unternehmungen herge-

richtet. So für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft m. u. h. s. zu Lübeck, Berggemeinde 1922 für Besitztungen zu Lübeck g. und die Filiale 1 der Gemeinnützigen Arbeitgenossenschaften. Weiter hohen Räumen inne der St. Pauli und Gemeindearbeitgeber-Personal. Rechtsanwalt und Notar Hermann Brehmer und Gartenbauinspektor Harry Mack.

* Der Wirkungskreis der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft ist weit gespannt. In der Gemeinde Lübeck sind die ersten drei Jahre ausgedehnte französische Siedlungskomplexe entstanden. Einem Hauptanteil an diesem Werk fällt der Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft zu. Die Wirkungseinheit erreichte sich der Reihe nach auf die Siedlungen an den Dorfrändern, Schwarauer Landstraße, Karlshof, Dänischenhof, Sems, Tornemünde, Fechtweg und Teutendorfer Weg, Solutum, Brandenbaum, Gärtnerau, Nähzuber Allee, Stedfelder, Borrader Straße, Tiedendorf-Nienhüsen, Moisling-Nienhöfen, Moisling-Hamburger Straße.

Die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft hat selbst bei Waldhüten weiterführende Siedlungen ausgesetzt, in denen erst malig gezeigt werden soll, wie vorteilhaft Siedlungen von 1500 bis 2000 Quadratmeter Größe sich auswirken.

Wie bei den früher befreiften gemeinnützigen Unternehmen erweist sich auch bei der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der großzügige Gedanke gemeinsamen Strebens als glücklich und vorteilhaft, dem Volkswohl dienlich. Alles, was auf vorzülichen und fruchtbarsten Gewinn hinstellt, scheidet im Genossenschaftswesen aus. Diese Tätigkeit ist inmitten unserer kapitalistisch organisierten Wirtschaft nicht leicht, am schwierigstem einem großkapitalistisch orientierten Bauwesen und Bauartmarkt gegenüber. Das private Unternehmenswelt hätte den Nutzen aufgewiesen, aus dem selbst heraus der Wohnungsbau zu steuern, wie es hier durch diese Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft und die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft geschehen ist. Organisierte Selbsthilfe auf allen Gebieten bietet immer noch den besten Schutz gegen unkapitalistische Falschläden. Wenn den weitergehenden Wünschen der Siedlungsbürgen nicht in vollem Maße nachgegeben werden könnte, so lag dies in den wirtschaftlichen Verhältnissen und den beschränkten Mitteln des Staates begründet. Sicherfalls wurde hier in wenigen Jahren mehr getan als der Staat früher jemals in dieser Richtung unternommen hatte.

Dem Genossenschaftswesen legten die Machthaber des alten Staates alle erdenklichen Schwierigkeiten auf. Denn die Stangenholzverarbeitung plante, die Genossenschaften mitteilen in der vom arbeitenden Volle ausgeschalteten Genossenschaftsbewegung einen geistigen Kapitalismus, sehen in ihr einen Feind, weil der Genossenschaftsverein Zusammenhang den Arbeitern wirtschaftlich unabdingbar und freien macht. Das fällt den Kapitalisten und Volksfeinden natürlich auf die Nerven. Sicher half ihnen der militärische Staat zur Hinternahme oder Unterdrückung der Genossenschaftsbewegung. Die kleinste Mittel konnten sie aber nicht erdrücken. Sie wurde trotzdem und wurde eine Wacht-Verfuhrung mit doch ständig, die Genossenschaften als sozialdemokratische Einrichtungen zu kennzeichnen. Die sozialdemokratische Presse verstand diesen Schwind auszeichnet. Hier in Lübeck waren es, wie eingangs der Artikel erwähnt, die Lübeckischen Anzeigen, die der reichen Lübecker Arbeiter-Produktionenfirma den sozialdemokratischen Standard zu politisch durchsichtigen Zwecken aufzudrücken versuchten. Das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen sollte angeblich zu Lasten der reichen Geldquellen der Genossenschaftsbürokratie gehen, die nebenbei noch andere sozialdemokratische Institutionen unterstützen. Dieser alte Hass gegen gemeinschaftliche, genossenschaftliche und politische Verbrennungen ist bei der Reaktion nicht ausgestorben. Er lebt noch in deren Bunt und würde sich sichermente wie morgen austoben. Dieser kommende Wunsch der Dunkelmänner muß endgültig besiegt werden. Die Genossenschaftsbewegung wird sich weiter ausbreiten, wird unerlässliches Gemeingut des gesamten Volles werden. Damit dies Werk gelinge, alle Mann auf Tasch. Einmal für alle und alle für einen!

